

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuzufußtasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigepaltene Zeilzeile oder deren Raum berechnet

Mehr Mitleid mit Multi-millionären?

Von Dr. R. Kuczinski.

In den ersten Januartagen 1920 starb ein hervorragender Großindustrieller mit Hinterlassung eines Vermögens von 20 Millionen Mark, das an seine Erben, drei großjährige Kinder, fiel. Aus diesem Anlaß erschien in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften eine Notiz, die die größte Mitleid, die man die Erben durch unsere Steuergesetzgebung verleiht wurden, folgendermaßen schilderte:

„Da er in den Jahren 1914 bis 1. Juli 1919 davon 5 Millionen zuerworben hatte, so gingen von der Erbschaft vorweg an Kriegsteuer für 1919 ab: 4 333 000 M., so daß nur noch 15 667 000 M. verblieben — eine an und für sich auch noch schöne Summe. Aber die Schmelze folgte bald in Gestalt des am 31. Dezember 1919 fällig gewordenen Reichsnotopfers, das sich nach § 24 des Tariffs auf 11 834 550 M. beläuft und den Nachlaß fernerhin belastet. Es bleiben demnach noch 3 832 450 M. als Erbschaft, gemindert zunächst durch die Nachlasssteuer von 154 628 M., so daß der reine, auf die 3 Erben entfallende Nachlaß 3 677 822 M. oder für jeden der Erben 1 225 276 M. beträgt. Hierunter gehen für jeden von ihnen die Erbschaftsteuer mit 213 060 M. ab und, da die Erben auch eigenes Vermögen besitzen, nach § 28 des Erbschaftsteuergesetzes noch weitere 100 v. H. gleich 231 060 M., so daß sich der Vermögenszuwachs eines jeden auf 767 156 M. verringert.“

Diese Rechnung würde ungefähr stimmen, wenn im Nachlaß keine selbstgezeichnete Kriegsanleihe gewesen wäre, wenn die geschuldete Kriegsteuer zum Reichsnotopfer veranlagt würde, wenn der Industrielle kein Industrieller gewesen wäre, und wenn die Erbschaftsteuer um 25 % höher wäre, als der Verfall der Notiz annimmt. In Wirklichkeit stellt sich die Rechnung so:

Wenn der Verstorbene, der Anfang 1920 ein Vermögen von 20 Millionen hinterließ, am 30. Juni 1919 ein kriegssteuerpflichtiges Vermögen von 20 Millionen besessen hat (was sehr unwahrscheinlich ist, da die Steuerfuste für den 30. Juni von seinem Vermögenszuwachs nach dem 31. Dezember 1919 in Höhe von 5 Millionen Mark nominell 4 828 000 M. (nicht 4 333 000 M.) Kriegsteuer. Dabei wird ihm jedoch selbstgezeichnete Kriegsanleihe zum Nennwert angerechnet. Befanden sich also in seinem Nachlaß auch nur 3 Millionen selbstgezeichnete Kriegsanleihe, so ermäßigt sich die Kriegsteuer von 4 828 000 auf 4 138 000 M., und es verbleiben von den ursprünglich 20 Millionen nach Entrichtung der Kriegsteuer 15 862 000 M.

Wenn auch die geschuldete Kriegsteuer zum Reichsnotopfer herangezogen würde, so wären aus dem Nachlaß von 20 Millionen in der Tat nominell 11 830 849 M. (nicht 11 834 550 M.) Reichsnotopfer zu entrichten. Selbstverständlich hat aber niemals ein Gesetzgeber solch einen Unfimm ausgeheckt, und die Kriegsteuer ist bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer vom Vermögen abzugiehen. Zum Reichsnotopfer werden also nur die nach Entrichtung der Kriegsteuer verbleibenden 15 862 000 M. herangezogen. Da es sich nun um einen Industriellen und seinen Reintner handelt, wird man annehmen können, daß von seinem Nachlaß von 20 Millionen Mark 15 Millionen Mark Reichsnotopfer sind. Dieses wird bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer nur zu 80 % seines Wertes angerechnet. Von den 15 862 000 M. Vermögen wären demnach 7 201 648 M. Reichsnotopfer zu entrichten und der Nachlaß ermäßigt sich auf 8 660 352 M. (nicht 3 832 450 M.). Hierunter sind an Nachlasssteuer zu entrichten 396 015 M., so daß jedes Kind ein Drittel von 8 264 337 M. gleich 2 754 779 M. erhält. Weist schon jedes dieser Kinder an eigenem Vermögen mindestens 2 Millionen Mark (aber auch nur dann), so hat es 1 200 012 M. Erbschaftsteuer zu entrichten, so daß ihm insgesamt 1 544 867 M. (und nicht 767 156 M.) als reiner Erbschaft nach Abzug aller Steuern verbleiben.

Auch nach Berücksichtigung der zahlreichen Freirümer in der ursprünglichen Berechnung bleibt immerhin soviel nach: Ein Kriegsgewinnler muß seinen 3 Kindern, die selbst mehrfache Millionäre sind, schon 20 Millionen hinterlassen, wenn jedes dieser Kinder nach Entrichtung aller Steuern auch nur lumpige anderthalb Millionen erben soll. Und trotzdem — so grausam es klingen mag — ich spare mit mein schönes Mitleid für jemand anders auf.

Die Stabilisierung der Valuta.

Von Dr. Oscar Stillig.

Das Schwierigste, was die Gegenwart auf geldlichem Gebiet befehligt, ist die Festigung der Valuta. Die unheimliche Preissteigerung zu unterbinden und wieder zu annähernd gleichbleibenden oder doch in engen Grenzen schwankenden Wechselkursen zu kommen, ist die wichtigste Aufgabe der Geldpolitik. Der Zweck der folgenden Darstellung soll nun darin bestehen, die Theorie dieser Frage darzulegen. Denn die theoretische Einsicht ist die Vorläuferin praktischer Maßnahmen.

Die verzerrenden wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Folgen großer Geldwertschwankungen erleben wir jetzt am eigenen Leibe. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß es von größtem volkswirtschaftlichen Wert wäre, die Valuta zu festigen und den intervalutarischen Kurs zu regeln. Eine solche Festigung würde die Kaufkraft des Geldes in der gleichen Weise bewahren wie seine die gleiche Warenmenge erhalten, wenn auch nur im Durchschnitt und nicht etwa für jede einzelne Ware. Versuche zur Erzielung solcher Stetigkeit des Geldwertes liegen in der Praxis wie in der Theorie vor. Allerdings haben sie bis jetzt weder in der einen noch in der anderen Hinsicht zum Ziele geführt. Woran das liegt, haben wir noch festzustellen.

Während des Krieges suchte der Staat durch die Höchstpreise für Waren dem Gelde eine feste Kaufkraft zu geben. Mit einer bestimmten Geldmenge sollte man Waren der verschiedensten Art nicht über einen bestimmten Preis hinaus kaufen können und dürfen. Es ist bereits dargelegt worden, daß und warum dieses Ziel nicht erreicht werden konnte.

Auf theoretischem Gebiet hat der Münchner Arzt Dr. Christen der schwankenden Kaufkraft durch die Forderung einer absoluten Währung beigekommen versucht.* Christen geht von der Gesellschaftslehre aus, die bisher allein praktische Vorzüge genügt hat. Seine Forderung besteht darin, daß nicht nur die besondere Kaufkraft des Geldes gegenüber dem Golde wächst, sondern auch seine allgemeine Kaufkraft gegenüber den Waren. Um das zu erreichen, soll die staatliche Geldverwaltung mindestens einmal jährlich die allgemeine Kaufkraft des Geldes berechnen. Sie ist gleich der Gesamtmenge aller Waren dividiert durch ihren Gesamtwert. Durch die Statistik ist zunächst das Gewicht und zweitens der Wert des Umsatzes der Waren eines Landes zu ermitteln. Aus der von jedem Handelsreisenden in regelmäßigen Abständen einzureichenden Feststellung seiner Umläufe ließe sich das Umlaufverhältnis der einzelnen Waren erkennen. Man würde also wissen, in welcher Menge zum Beispiel Mehl, Baumwolle, Weizen usw. am Gesamtumsatz beteiligt sind. Die Warenpreisstatistik hat dann auf der Grundlage dieses Umlaufverhältnisses, das für längere Zeiten gilt, monatlich die Auf- und Abschläge und Einflandspreise festzustellen. Auf Grund dieser Berechnung sollen dann finanziell-politische Maßnahmen Maß greifen, die eine Aufrechterhaltung des Preisniveaus ermöglichen. Bei drohenden Steigen des mittleren Warenpreises soll die Zentralbank Noten emittieren, bei drohendem Sinken Noten ausgeben. Von Sommer wird vorgeschlagen, daß bei Entwertung des Geldes, also bei Steigen des mittleren Warenpreises, der Diskont erhöht, Staatsanleihe auszugeben und nötigenfalls eine Währungsreform zu erwägen ist.

* Christen: Die absolute Währung des Geldes, Wien 1915, und Die Kaufkraft des Geldes und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft in den Annalen des Deutschen Reiches, 1915, S. 7.

steigert die Kaufkraft aber einen beginnenden Preisfall, so soll das umlaufende Geld entsprechend vermehrt werden durch Emissionen des Zinsfußes für Wechsel, Rückkäufe von Staatsanleiheüberschreibungen oder Steuernachschuß. Dasselbe würde man auch durch eine abgestufte Schenk- und Wechselsteuer erreichen. Auf diese Weise soll die allgemeine Kaufkraft auf ununteränderter Höhe gehalten werden. Diesen Zustand nennt Christen „die absolute Währung“. Sein Vorschlag läuft also darauf hinaus, die Warenpreise durch Wegnahme oder Zuführung von Geld in die Volkswirtschaft zu festigen, mit anderen Worten, eine wirkliche Währung, bestehend in einem unveränderlichen Kaufverhältnis zwischen Geld und Ware, zu schaffen. Man erkennt ohne weiteres, daß damit allgemeine oder volkswirtschaftliche Konjunkturschwankungen aus der Welt geschafft werden. Die Festigung der Warenpreise würde die Wirtschaftskrisen beseitigen, im Gegensatz zu den Konjunkturschwankungen, die auch bei einer festen Währung eintreten würden und die nützlich wirken, indem sie zu wirtschaftlichem Ausgleich führen. Preissteigerungen und Senkungen einzelner Waren werden nach wie vor eintreten, aber die großen Preiswellen, die das Wirtschaftstreiben bald nach oben, bald nach unten werfen, die großen Umlaufschlagungen und Konjunkturschwankungen würden durch das Anwenden der oben genannten Gegenmittel nicht mehr möglich sein.

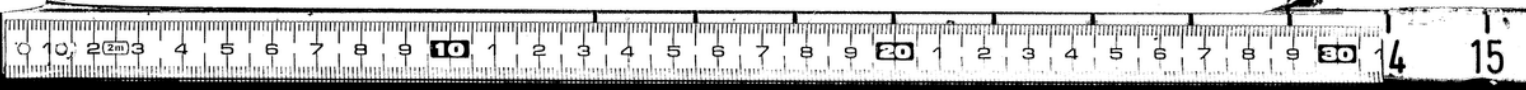
Im Grunde genommen handelt es sich hier um eine Warenwährung. Die Waren in ihrer Gesamtheit sollen im Preise wahren, das heißt fest bleiben. Kein Zweifel, daß solche Verknüpfung von Währung und Ware gegenüber dem bisherigen Zustande einen ungeheuren Vorzug hätte. Man wird es auch nicht als Nachteil betrachten können, daß die damit gegebene Erreichung eines festen Preisniveaus allgemeine Konjunkturschwankungen nicht mehr eintreten läßt und damit die allgemeine Preissteigerung in Wegfall kommt, die bisher das Geschäftleben in solchen Zeiten anpeitschte. Aber es fragt sich, ob die Unterlagen zu ihrer Verwirklichung gegeben sind. Die praktische Durchsührung des genannten Planes hängt zunächst von der Brauchbarkeit der Methode zur Festimmung des Preisniveaus ab. Leider liegt bei uns in Deutschland die Preisstatistik noch sehr im Argen. Wir besitzen zwar genug statistisches Material über die Preise einzelner Waren für verschiedene Plätze, aber die theoretischen Fragen der Preisstatistik, die für die Feststellung der Warenpreisbewegung in Betracht kommen, sind bis jetzt nicht durchgearbeitet, ihre theoretische Behandlung entbehrt in gleicher Weise der Methode wie der Vertiefung.

Erst vor kurzem hat Diplomingenieur zur Redden* auf den hohen politischen und wirtschaftlichen Wert einer deutschen Indexziffer hingewiesen. Es ist eine Einrichtung, die den Massen die Preisbildung erleichtert und jeden Staatsbürger selbst in den Stand setzt, sich eine gültige Meinung über eine der wichtigsten wirtschaftlichen Angelegenheiten, die Preisfrage, zu bilden. Ein solches Hilfsmittel ist die allgemeine Indexziffer für die Preisbildung. Sie gibt den gesammten Ausbruch der Kaufkraft des Geldes. Wir haben in Deutschland zurzeit keine Indexziffer und kennen daher die Kaufkraft unseres Geldes nicht. Die Engländer haben sie. Sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1905: 2200. Diese Zahl wird = 100 gesetzt. Dann stieg die englische Indexziffer bis zum Waffenstillstand auf 6094 = 277 %, sank vorübergehend und liegt heute auf 6795 = 309 %. Der Schilling besitzt also zurzeit nur 1/300, also weniger als ein Drittel der Kaufkraft, die er am Abschlußunterzeichneten besaß. Damit hat man einen allgemeinen Maßstab für die Lohnregulierung und die Lebenskosten der Bevölkerung und die Beurteilung der Preisverhältnisse.

Aber selbst angenommen, die Frage der ziffermäßigen Feststellung des Preisniveaus wäre einwandfrei gelöst, dann würden die praktischen Maßnahmen der Geldpolitik doch eine Schwankung nicht verhindern, sondern nur nachträglich ausgleichen können. Die Valutaschwankung würde nur begrenzt, aber nicht beseitigt werden. Sie würde zwar nach oben und unten nicht mehr so weit ausweichen, wie das bisher der Fall war, aber ganz verschwinden würde sie nicht.

* Die Deutsche Nation, Januar 1920, S. 67 ff.

Des. Geld an... 16. Mai... 19. ein



dann von vornherein viel einflussreicher und vernünftiger ausgetragen, und etwa vorzuziehen, Streikfälle herbeizuführen, viel geringer werden. Es ist sehr wohl zu verstehen, wenn in der politischen Doppelmoral, als Kanonen ihre Eisenbeine gegen Bremen richteten, solche Beschlüsse zustande kommen. Hier es darf nicht sein, Mitglieder wegen Handlungen oder Verfehlungen auszuscheiden, die außerhalb des Verbandes liegen.

schulen. Vor allem bitten wir unsere Vereinsverwaltungen, ihrer Verpflichtung die wöchentlichen Vorträge regelmäßig und so frühzeitig wie möglich auszuführen, damit diese dem Verbandsvorstand die zusammengefassten Berichte rechtzeitig und ohne Unterbrechung zuleiten können.

Im Verhältnis zum Hundert der beteiligten Mitglieder betrug die Arbeitslosigkeit diesmal 1,59, am vorigen Jahrestage 1,84. In dieser Hinsicht sind im vorliegenden Bericht die Bezirke Frankfurt, Dortmund, Hannover, Hildesheim, Nürnberg und München beteiligt. — Zu unterstützen waren von je 100 Mitgliedern 0,55, in der Vorwoche 0,59.

Table with columns: Bezirk, Inaktivität, Zahl der Vereine, In den Vereinen, In den beständigen Vereinen, etc. Lists various districts like Königsberg, Danzig, etc.

„Grundstein“ zu sagen. Unsere Kollegen in der Redaktion sind gewiß fest davon überzeugt, ausgezeichnet neutrale Gewerkschaftspolitik zu machen. Das ist aber nicht so einfach, denn wir Menschen sind allzumal Sünder. Die Arbeit des charaktervollen Beobachters ist nur nach seinem Empfinden, nach seinem Denken und seiner Erkenntnis zu bewerten. Er schreibt und muß schreiben wie er die Sache sieht. Ein Ausgleich ist nur durch die Mitarbeit der anderen Auffassung auf einer gerechten Grundlage möglich. Nur so scheint es mir, werden wir die uns bedrohenden Stürme meistern können. Der „Grundstein“ ist nach meinem Dafürhalten von einer wichtigen Neutralität zurück zu weichen.

Heinrich Giffmann, Frankfurt a. M.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die beiden zentralen Verhandlungen der Gewerkschaft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes haben bisher zu keinem weiteren Ergebnis geführt, als daß auch die Arbeitgebervertreter beauftragt, bestrebt zu sein, tatkräftig in die Speichen greifen zu wollen, um bis Ende März einen neuen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Zugunsten wird aber bemerkt, daß das Unternehmertum des Baugewerbes den Abschluß des Tarifvertrages verzögert, wohl in der Annahme, „Zeit gewonnen, alles gewonnen“. Die gewonnene Zeit soll nicht etwa zur Klärung der stillen Punkte dienen, nein, sie soll benutzt werden, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Und man geht dabei nicht unvorsichtig vor. Die Verhandlungen von Bauarbeitern in den letzten Tagen sei als häusliche Angelegenheit bezeichnet, obwohl auch diese Maßnahme mit der Absicht angewendet wird, einschüchternd auf die freiestehenden Bauarbeiter einzuwirken. Anders sieht es mit den zwei unglücklich ausgefallenen, aber schwereren Gestalten aus. Es stehen die Gerichte und diese Gerichte treten mechanischerweise im letzten Bitterlaute allseits auf —, daß die Ziegeleien und sonstigen Baumaterialienfabriken ihre Betriebe schließen wollen, weil die Produktion zu teuer sei und sie angeblich befürchten, für ihre Produkte keinen Absatz zu finden, und weil die Arbeitgeber des Baugewerbes ihre unglücklich gemordenen Betriebe schließen wollen. Die Arbeiter wissen, daß diese Forderungen unglücklich und die neuen Forderungen der Bauarbeiter mühsam das Baugewerbe geradezu einer Katastrophe entgegenführen. Was will man mit dem Ausstreifen solcher Gerichte erreichen? Man will die Bauarbeiterschaft in der Hoffenlosigkeit als das Ausräucher hinstellen, das schuld ist, wenn die Wohnungsnot nicht behoben werden kann. Im Grunde genommen will man nichts anderes, als seinen eigenen Raub dahinter verbergen. Das wird am besten dadurch bewiesen, daß die Material- und Verkaufspreise im Durchschnitt um das zwölf- bis fünfzehnfache, die Löhne der Bauarbeiter aber nur um das vier- bis fünffache und von 6. April 1920 an erst um das sechs- bis achtfache gestiegen sind. Wenn ferner der Lohnanteil der Bauarbeiter bis 18% der Verkaufspreise ausmache, so heute nur 9 bis 10%. Es ist somit nicht schwer, die wirklichen Verteurer des Wohnungswesens zu ermitteln. Das Stilllegen von Ziegeleien verdient besondere Beachtung. Einerseits wird die Stilllegung verursacht durch die Mißbilligung mit Stroh, Meißel, Zerk und Braunkohle kein Lohn für Steine, mit der allein man nur einmündigste Menge heizen kann. Aber man benutzt die Gelegenheiten, die mit Stroh nicht befriedigen, stillgelegten Ziegeleien abzugeben, die Maschinen herauszuweisen und, wenn möglich, ins Ausland zu verkaufen. Auch auf diesem Gebiet haben wir einen Ausverkauf Deutschlands, und dies zu einer Zeit, wo in Deutschland Hunderttausende kein Brot über den Kopf haben. Und um diesen Raub an deutschen Völkern ungehindert weiterbetreiben zu können, werden die Forderungen der Bauarbeiter als zu hoch in den Vordergrund gerückt.

B. Schulz, Frankfurt a. d. O.

Arbeitsmarkt.

Die Firma Carl Loos, Wittenberg i. W., sucht für sofort 8 bis 10 tüchtige Maurer. Kost und Logis ist vorhanden.

In Hülseben b. Kleinraun in Zehlingen sucht Maurermeister Werthold Kubbe Maurer.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 26. April. Wieder liegt nur ein sehr unvollständiges Ergebnis vor. Es fehlen darin die Bezirke Königsberg, Bremen sowie Danzig. Es ist dringend zu wünschen, daß es gelangt, die Unvollständigkeit zu überwinden, die dieses in letzter Zeit häufig vor-

Coblenz. Bauarbeiterstreik in Neuwied.

Am 29. April hielten unsere Mitglieder gemeinsam mit denen des Coblenzer Bauarbeiterverbandes eine Versammlung ab. Der Hauptpunkt war die Stellungnahme der Bauarbeiter in Neuwied und Umgebung zu den Verhältnissen der Bauunternehmer. Auch hier verurteilten die Teilnehmer, sich um die in Hannover beschlossene Forderungszulage von 1,25 M. für die Stunde herumzudrücken. Die organisierten Bauarbeiter haben sich verweigert, die Forderungen der Bauunternehmer zu erfüllen. Unser Kollege Holte erinnerte an die Lohnbewegung, die vor kurzem in Coblenz stattfand. Dort zeigten die Bauarbeiter, daß sie der Verschleppungstatistik der Unternehmer müde waren und deshalb zu dem letzten Mittel, dem Streik, greifen mußten. Mit großer Mehrheit wurde auch für Neuwied der Streik beschlossen. Seit dem 30. April ruhte an allen Bauten die Arbeit. Große Preussische Bau- und Baugewerkschaften, die in Coblenz, Neuwied und Umgebung tätig sind, haben sich dem Streik angeschlossen. Die Firmen: Schlegel, Moritz, Weiler, v. Meißel, Grimm und Wulffinger sind diesen schon am 10. April nachgegeben. Das Hülseben'sche Werk hatte schon vorher nachgegeben. Am 27. April, Vorabend des Bauarbeiterverbandes von Neuwied, erklärte ich bereit, den ersten Lohn von 6. April an nachzugeben. Damit war eine Welle in die Unternehmerorganisation eingedrungen. Unsere Kollegen haben getrotzt dem Ausmaß des für sie günstigen stehenden Lohnkampfes entgegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Verhalten der Bauarbeiter in der Person der Unternehmer dazu beitragen würde, auch die andern Unternehmer zu veranlassen, die gerechten Forderungen der Bauarbeiter anzuerkennen. Die gesamte Bauarbeiterschaft von Neuwied und Umgebung wird erkennen, daß sie diesen schnellen Erfolg nur ihrer Einheit in der Organisation verdankt. Doch die Arbeiterloshandlung!

Inzwischen ist der Streik der Bauarbeiter beilege. Die Lohnforderungen sind bewilligt. Der geschlossene Kampfwiller der Gewerkschaft hat gelehrt. Die „Neuwieder Zeitung“ bebauert in bewegten Worten den Streik und hat berechnet, daß die Käufer des gewinnbringenden Bauereins durch diesen Streik um 150.000 M. teurer werden und diese Unbequemung durch Erhöhung der Mieten wettgemacht werden müßte. Man muß sich über diese ganz Mißverständnisse unserer Freunde in der Engerer Straße gegenüber den Mieten wundern. Wie fragen wir, ist es nicht im wirtschaftlichen Leben immer die Käufer des gewinnbringenden Bauereins durch diesen Streik um 150.000 M. teurer werden und diese Unbequemung durch Erhöhung der Mieten wettgemacht werden müßte. Man muß sich über diese ganz Mißverständnisse unserer Freunde in der Engerer Straße gegenüber den Mieten wundern. Wie fragen wir, ist es nicht im wirtschaftlichen Leben immer die Käufer des gewinnbringenden Bauereins durch diesen Streik um 150.000 M. teurer werden und diese Unbequemung durch Erhöhung der Mieten wettgemacht werden müßte.

Danzig. Der am 18. Februar begonnene Streik in hiesigen Holz- und Zugschlagerei ist am 27. April durch Verhandlungen beendet worden. Die beiden Parteien haben sich auf folgende Stundenlohnabgabe geeinigt: Zimmerer 4,55 M., Maurer 4,50 M., Bauhilfsarbeiter 4,25 M., Zerkbau- und Erdarbeiter 4,10 M., jugendliche Bauarbeiter von 16 bis 17 Jahren 3,25 M., unter 15 Jahren 2,25 M. Die Arbeit ist am 28. April allgemein wieder aufgenommen worden.

Stettin. (Schornstein- und Kesselmaurer.) Am 18. April stellte eine Versammlung für die neu zu regelnden Ebnen folgende Forderungen auf: Für Kesselmaurer ist bei neuer Arbeit ein Zuschlag von 20%, bei schwerer Arbeit von 50% zu zahlen, ebenso für Schornsteinmaurer bei neuer Arbeit von 75% und bei Reparaturarbeiten von 100% auf den Lohn der Hochbauarbeiter. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtbereichs hat der Arbeitgeber Kost und Logis zu bezahlen, ebenso bei Reisen das Fahrgebühren dritter Klasse. Reiszeit wird als geleistete Arbeitszeit bezahlt, außerdem 25% Zuschlag für Wertschätzung. Dies gilt auch für Arbeitsstellen, die weniger als 10 km vom Wohnort entfernt liegen. Für Wohnungsgelassen, die mit 1 bis 3 Mann arbeiten, ist ein Zuschlag von 15%, für Polierer, die mit mehr als 3 Mann arbeiten, ein Zuschlag von 25% auf den Gehaltelohn zu zahlen. Auf Schornsteinreparaturen müssen mindestens 2 Mann fahren, damit bei Unglücksfällen gleich Hilfe vorhanden ist. Urlaub ist von 6 bis 12 Tagen zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes. Bei jeder Schornsteinreparatur ist für jeden Beteiligten ein Rettungsgurt vom Arbeitgeber zu liefern, ebenso Stemmzeug.

Zur Sozialisierung im Baugewerbe.

Am 23. April waren in Gießen die Vertreter unserer Vereine des Frankfurter Bezirkes zu einer Konferenz versammelt, um sich gründlich über die Sozialisierung im Baugewerbe auszusprechen. Aus allen Bezirksvereinen wurde immer lebhafter der Wunsch geäußert, auch in Gießen über die Gründung sozialer Baubetriebe eine Entscheidung herbeizuführen. Man beriet in den Vereinen den Standpunkt, daß es vorteilhaft sei, die Frage für den ganzen Bezirk einheitlich zu regeln, um dadurch die entgegenstehenden Hemmnisse schneller zu überwinden. Bönigsdorf sollte für die Baubetriebe Gießen-Kassau, Gießen-Darmstadt, Waldeck, Wehrhahn, Wiesbaden (Unterfranken) und Vogtland (Hesseln) eine einheitliche Organisation geschaffen werden. Es war beabsichtigt, gemeinsam mit den anderen Organisationen des Baugewerbes in größeren Vertretungsmannschaften in den Hauptorten unter Teilnahme der technischen und kaufmännischen Organisationsleiter der Gemeinden und des Staates diese Frage zu besprechen. Im März dieses Jahres waren bereits eine Anzahl Versammlungen erfolgt, in denen Kollege Hanke, Berlin, sprechen sollte. Die Kamprevolution machte damals die Versammlungen unmöglich. Die Sache kam aber nicht zur Ruhe. In Frankfurt wurde bereits vor einigen Wochen ein gewinnbringender Baubetrieb nach dem Muster der Berliner „Bauhütte“ geschaffen, der sofort mit einem größeren Auftrage seine Tätigkeit beginnt wird. Die Gießen-Versammlungen vom vorigen Monat sollen nun vom 23. bis 29. April stattfinden.

Kollege Hanke hielt auf der Konferenz der Bezirksvereine einen lehrreichen Vortrag über die sozialen Baubetriebe und Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Betriebe und die dort gemachten Erfahrungen. Die anschließende Debatte, die fast die ganze Tagungszeit der Konferenz in Anspruch nahm, war ernst und lehrreich. Neben warmen Bemerkungen gab es auch Kritik, die große Bedenken ausregte und über großen Hoffnungen und kostbaren Verbindungen merkte. Auch die nachstehenden Gründe für die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe für den ganzen Bezirk wurden von der einen Seite kritisiert, von der andern bekräftigt. Aber alle Vertreter der Bezirksvereine waren sich klar, daß der Verband bald gegründet werden und auch betriebsmäßig seine wirtschaftliche und sozialer Wertes leisten, so müssen die Mitglieder im ganzen Bezirk mit zur Finanzierung des Unternehmens herangezogen werden. Damit sind bestimmte große Gefahren verbunden, wie alleseitig anerkannt wurde. Zwar handelt es sich bei dem, was verlangt wird, nicht um übermäßig hohe Opfer, aber es ist ein großer, als die frühesten Jahren in der Periode der großen Stürme mit dem Baugewerbe nehmen oft und gern getragen wurden. Heute handelt es sich allerdings um einen andern Zweck, um eine Sache, an der nicht alle Kollegen gleichmäßig interessiert sind. Von keiner Seite wurden die Gefahren und Schwierigkeiten verkannt, die für die Organisation entstehen können, wenn die Verbandsmittel durch direkte Beiträge in Höhe von einem Tagelohn gesammelt werden. Aber man war bei Auffassung, wie in der Vergangenheit sein auch jetzt nach gründlicher Überlegung, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Kollegen seien instand, das Opfer zu tragen, wenn jedem die Möglichkeit gegeben sei, nach seinen Verhältnissen den Betrag in Baden abzugeben. Allerdings sei eine lebhafteste Aufklärungs- und Werbeaktion in allen Vereinen des Bezirkes notwendig, um Arbeit in die Hände zu bringen. Auch darüber bestand vollkommene Klarheit unter den Konferenzteilnehmern, daß es sich bei der Gründung solcher Baubetriebe nicht um wirklich soziale Betriebe in unserem Sinne handelt. Aber gegenüber der kapitalistischen Bauwirtschaft stellen diese doch einen ganz wesentlichen Fortschritt dar. Zurzeit seien die Gassen und Gemeinden in der Sozialisierung versagen, gemeinnützige Baugenossenschaften und Baubetriebe am meisten geeignet, die Wohnungsnot und das Wohnungseld zu beseitigen. Wohnbetriebe seien heute bei der ganzen räumlichen Betriebsverteilung nicht imstande, die gewöhnlichen Bedürfnisse der heutigen Zeit auch nur einzugemein zu befriedigen. Einmütig wurden die nachfolgenden Grundzüge angenommen:

Die Vertreter der Bezirksvereine des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirk S. Frankfurt a. M., die am 23. April 1920 in Gießen versammelt sind, beschließen: 1. Die Landesgruppe des Bezirkes S. Frankfurt a. M. (begründet von der Provinz Gießen-Kassau, dem Freistaat Gießen-Darmstadt und Waldeck, dem Kreis Wehrhahn, dem hessischen Bezirk Wiesbaden (Unterfranken) und die Gebiete der Rheinprovinz und Westfalen (Bezirksverein Kreuznach), wird am 1. Mai 1920 ein Verband sozialer Baubetriebe und Baugenossenschaften gegründet.

2. Mitglied des Verbandes können alle Bezirks- und Zweigvereine sowie Zahlstellen der Bauarbeiterorganisationen werden, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen und innerhalb der im § 1 bezeichneten Landesgebiete ihren Sitz haben.

3. Der Sitz des Verbandes ist Frankfurt a. M.

4. Das Betriebskapital beträgt 1 Million Mark. Es wird aufgebracht:

- a) durch die angeschlossenen Vereine der Bauarbeiterorganisationen;
b) durch die angeschlossenen Vereine durch Erhebung von Beiträgen;
c) durch Ausgabe von Anteilscheinen zu 100 und 200 M.

Die Betriebsmittel sind sofort zu erheben und der Verbandskasse zur Verfügung zu stellen.
5. Für den weiteren Ausbau des Verbandes und zur Förderung der sozialen Baubetriebe und Gewerkschaften des im § 1 bezeichneten Gebiets haben die angeschlossenen Vereine der Bauarbeiterorganisationen dahin zu wirken, daß von öffentlichen Körperschaften (Reich, Staat, Provinz, Regierung, Kreis- und Gemeindebehörden) Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

6. Aufgabe des Verbandes soll in erster Linie sein, die unerhört anwachsende Wohnungsnot zu beseitigen durch Errichtung von Kleinwohnungen für Arbeiter und Bedienstete der Industrie, des Handels und des öffentlichen Dienstes (Haupt- und Nebengewerbe) übernommen. Die Leitung des Verbandes sozialer Baubetriebe ist durch den geschäftsführenden Ausschuss und den Gesamtvorstand zu erledigen.

Außerdem besteht ein Aufsichtsrat und die Gesellschafterverammlung, die die Geschäfte des Verbandes zu überwachen und gemäß dem Statut in allen finanziellen Angelegenheiten zu entscheiden haben.

Die näheren Bestimmungen über Rechte, Befugnisse und Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Gesellschafterverammlung werden formuliert und den Vereinen überhandelt.

Wenigstens ein Mitglied der Bezirksvereine des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Bezirk:

- a) aus ihrem Vereinsvermögen 1 M. pro Mitglied an die Kasse des Verbandes der sozialen Baubetriebe im Jahre 1920 abzuführen;
b) von jedem Mitglied ihres Vereins einen einmaligen Mitgliedsbeitrag in der Höhe eines Tagelohns zu erheben;
c) dahin zu wirken, daß die Mitglieder Anteile erwerben.

Die Beiträge der Vereine und Mitglieder können in Raten gezahlt werden, jedoch sind die Beiträge bis zum Jahresende 1920 an die Verbandskasse abzuführen. Für eine besondere Mitgliedskarte zu quittieren; sie können in wöchentlichen Raten zu 1, 2, 5 und 10 M. erhoben werden. Die Mitglieder können jedoch den ganzen Betrag in einer Summe abführen.

Die Beitragszahlung beginnt am 1. Mai 1920. Die eingegangenen Beiträge sind monatlich an die Bezirksverbandskassen einzufleßen.

(Ueber die Finanzierung der Betriebe in den Vereinen werden besondere Grundzüge aufgestellt.)

Unsere Arbeitsvermittlung im März.

Dem Statistischen Reichsamt sind 14 Nachweise und die Zentralstelle angehängt. Der Nachweis in Elbing hat sich dem städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen. Senzib und Göttha haben nicht berichtet.

Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit.

Table with columns: Im Monat März, Bewerber, Stellen, Vermittelt, etc. Data rows for various locations and dates.

Von den 626 angeforderten Arbeitskräften sind 585 vermittelt worden; das sind 93,4 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: 100, Bauhilfsarbeiter 82,99, Betonarbeiter 100, Stulleute und Putzer 88,40, Fliesenleger 100, Zylinder- und Steinbohrer 100, Erdarbeiter 100, sonstige Arbeiter 100.

Polierer und Schachmeister.

In der Nummer 9 der Zeitung des Deutschen Polierbundes veröffentlicht der Bundesvorstand einen Artikel, in dem mitgeteilt wird, daß die Bemühungen des Bundesvorstandes, eine tariflose Zeit zu beschließen, ergebnislos verlaufen seien. Der Bundesvorstand teilt weiter mit, daß dieser vertraglose Zustand schon allerlei Unbill mit sich gebracht habe. Als nächstes wird die Bitte ausgesprochen, daß der Bund sich durch die in Hannover gehaltenen Verhandlungen selbst das Zeugnis ausstellen lassen möge, daß die Bedeutung einer freien Gewerkschaft habe. Auch jetzt fehlen noch Beweise, ob er wirklich im Sinne einer freien Gewerkschaft handeln will. Die im Polierbund organisierten Kollegen werden zugeben, daß bisher für freie und fortgeschrittlich denkende Kollegen

kein Platz im Polierbund war und, daß der Polierbund sein Bestes hätte, sich als Vertreter der größten Zahl der Poliere zu betätigen. In Hannover war ihm Gelegenheit gegeben, diesen Platz als Vertreter der meisten Poliere zu erreichen; aber der Ständebüffel der meisten Delegierten ließ dies nicht zu. Sie glaubten, sich etwas zu vergeben, wenn sie als Repräsentanten des Bundestages fortbestanden hätten. Der Arbeitgeberbund hat ohne Zweifel erwartet, daß der Bund der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen und ein enges Bündnis mit unserer Organisation eingehen würde. Er gab darum auch zunächst seine Zustimmung zur Vertragsverlängerung. Als er aber das Ergebnis der Beratung in Hannover kennen lernte, schied er die Verlängerung ab und schloß die Sache und Ungeheuer. Das kann er sich deshalb leisten, weil er die Ohnmacht des Bundes sieht. Ich behaupte, daß im Bund derartige Kleinliche Politik getrieben wird.

Von der anderen Seite kommen nun die Christen und bespötteln den Polierbund. Ich behaupte weiter, daß dem Bund so kein Schaden unterstanden, wie er jedoch wollen den Bund nicht bekämpfen, sondern mit ihm Hand in Hand für die Ergründung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Noch ist es nicht zu spät. Heute kann der Bund noch in Ehren eine große und daher feste Zahl von Polieren vereinigen. Wenn er jedoch an dieser Gelegenheit achtlos vorbeigeht, so wird bald sein Bau zerfallen.

Die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Poliere und Schachmeister wollen sich von den Unternehmern nicht an der Nase herumziehen lassen. Wenn der Arbeitgeberbund den Vertrag mit dem Polierbund nicht verlängern will, so werden wir Verhandlungen fordern zum Abschluß eines Tarifvertrages. Wir verlangen die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, und wir sind überzeugt, daß man mit dem Deutschen Bauarbeiterbund nicht so verfahren wird, wie mit dem Polierbund. Ich nehme an, daß dem Arbeitgeberbund unsere Forderungen bekannt sind und er darum eine andere Taktik einschlägt. Er will nun den Vertrag zu seinen Gunsten verbessern, obwohl wir auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Vertrag nur ein Notbehelf war. Deshalb aufgepaßt, Kollegen! Schon am 14. April hat Kollege Baepool dem Arbeitgeberbund mitgeteilt, daß wir an den Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages für Poliere allein Orten an die Unternehmern heranzutreten und die Schaffung von zeitlichen Verträgen zu verlangen. Wenn auch mancher so erloscht wird, wie es die Zeit gebietet, so soll er doch nicht vergehen, daß Kaufleute Kollegen in ihrem Einkommen schlechter gestellt sind, als Arbeiter. Dem Polierbund rufe ich nach Wilhelm Zell zu: 'Verbunden werden auch die Schwachen mächtig!' Hermann Peters, Köln.

Schornsteins- und Feuerungsmaurer.

Sollte es uns nicht gelungen, Stundenlöhne, Auslösung sowie Ferien durchzusetzen, die ein Auskommen auch in den Großstädten Berlin, Hamburg usw. gewähren, so müssen wir zur Wachtprobe greifen. Es fällt gar nicht schwer, unsere Kollegen teilweise im Hochbau unterzubringen; die übrigbleibenden Kollegen können von uns in Frage kommenden Vereinen unterstellt werden. Mit geringerer Mühe als in Berlin und Köln hoffen wir durchsetzen. Dem Kollegen die Güter hoffen wir, daß die Zeit vorbei ist, wo für 60-3 Stundenlohn noch Gehemnis Maurer kamen. Eine Wachtprobe wird uns zeigen, wie geschlossen wir dastehen. Wir haben schon seit Jahr und Tag eine Faktion gegründet und wäre der viel bessere Weg, als in Berlin und zuletzt in Hannover beschlossene worden sind. Für die in der Nähe der Werke, Kollegen, bereinigt Euch, damit Ihr, wenn der Ruf erschallt, geschlossen eure Forderungen durchsetzen könnt. Einigkeit macht stark! A. D. Ling, Chemnitz.

Studien beim Sonntagspaziergang.

Ich verlaße den Straßenbahnwagen, der mich dem Hauptmerer entführt hat. Vor mir liegt eine Ringoffen- gerissen. Der Besitzer räutert bei je verkauft. Der Abdruckunternehmer macht gute Geschäfte. Demgegenüber von gesundem Holz und Dachziegel, die den hiesigen Siedlungsbauten von großem Nutzen wären, gehen ansehnend in Privatbesitz über. Warum die Ziegel den 3 Jahre produziert werden. Für die in der Nähe verlebende Siedlung 'Heimatland' würde dies vor allem an verpörrten Transportkosten ein großer Vorteil. So werden einzelne Betriebe der Sozialisierung entzogen. Weshalb darf das geschehen?

Besucher des neuen Ehrenfriedhofs an der Widensburg führt der Weg an einem Gelände vorbei, das den Opfer unbedeutend ist. Die Sätze der Revolutionen wird die neue Siedlung der Bau- und Produktionskosten (sogar 'Heimatland') erledigt. Gargodtskolonien (sogar) ich (sogar) mit Recht bezeichnet. Die Dächer gleichen Sackfedern. Gleichförmig sind wie das andere. Warum noch? Hat die heutige Architektur noch keine größere Höhe er-möglicht ist hier aber feststellen: was die in der Nähe einem großen Höhenanbau übermäßig hoch ausgeführt. Die Wohngegend ist 2,33 m im Loten. Das Keller-geschloß 30 cm niedriger, die Wohnungsetage je 15 cm höher, das wäre annehmbarer gewesen. Unverkennbar ist es zu etwas. Das Umfassungsmauerwerk ist 30 cm stark mit (sogar) 6 cm 2. Wozu das? Wenigstens nicht eine Luft- die Häuser durchsagen zu machen. Aber wie es scheint, ist auch Geschloß wird das Mauerwerk zwischen den Dach- spalten nur bis zur Oberante Mauerlatte hochgeführt,

weshalb nicht bis Oberante Sparren, wie es doch wohl notwendig ist? Und wie sieht es mit dem Bodenpunkt für den Siedler? Das Haus mit circa 40 bis 45 Stufen Woulund hat 5 verhältnismäßig kleine Räume und muß jährlich mindestens 2000 M., das heißt monatlich 180 M. Miete aufbringen. Ist das möglich? Der Träger des Bauereins auf den ich später wegen seiner Einseitigkeit noch mal zu sprechen komme. Otto Geise, Efer.

Polierer und Steinholzleger.

In Kattowitz haben die Polierer am 8. Mai die Arbeiter eingestellt, weil die Firmen in Ober-Schlesien sich weigern, den Reichstaxtarifvertrag anzuerkennen. Zugug ist ferngehalten.

Münsterberg. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Fabriken ihre Arbeiterbetriebe in eigener Regie ausführen. In der Annahme, hierbei billiger wegzukommen, beschließen sie von einer Polierfirma Material und betrauen irgendeinen Angehörigen, der einmal einem Polierer ein paar Tage geholfen hat, oder auch einem Arbeiter mit dieser Arbeit. Wieviel bei solcher Arbeitsweise geschafft wird und was diese Arbeit wert ist, davon wollen wir ganz absehen; aber schlechte Arbeiter sind diese Fabrikanten sicher. Vor allem befallen sie das Material genau so teuer, ja noch teurer, als wenn der Fachmann die Arbeit gleich mit ausführt; denn das alte Sprichwort: man muß das Substanz ruhen, wenn man es hat, gilt heuteutage mehr als je. Häufig dagegen ein Fachmann die Arbeit aus- führt, die Gewerke, daß sachmännlich einwandfreie und gewissenhafte Arbeit geleistet wird. Wie jeder Praktiker weiß, ist es zum Beispiel durchaus nicht unerwartet, wie stark ein Polier ist. In schwache Polierung hat Wärme- Material zur Folge und zu harte und schwere Polierung ist eben so wenig. Heutzutage hat die Arbeit eines Fachmannes schon ein ganz anderes Ansehen als die eines in dem Maße ungeschulten. Auch geht ein Polierer viel atomistischer mit dem Material um als ein Nichtfachmann. Von der Leistungsfähigkeit noch immer zu schwächen, ist schon für den Kostenpunkt nicht gleichgültig, ob das Material wirklich an Höhe verarbeitet ist oder ob es an der Wand hängt und am Boden liegt, und einen schönen Eindruck macht es keinesfalls, wenn man in ein Werk- stück und die Polierung sieht aus als ob die Waage daran herumgegriffen hätte. Eine Fabrikanlage, in der alle Jahre ein Polierer ein paar Tage oder Wochen die Polierung in Schutz hält, spart auf alle Fälle mehr an Kosten und Geld als ein Betrieb, in dem das ganze Jahr über ein oder mehrere Kaufmännler am Werk sind, den Facharbeitern das Wort wegnehmen und doch nichts Nützliches schaffen. Auch hier heißt es: Schuster bleibt bei seinem Reiß!

Vom Bau.

Bunzlau. Am 4. Mai hätte wieder einmal ein Kollege der Bauarbeiter Rog Rudoff aus Bunzlau auf die Idee, die Firma Breitenfeld & Scholz, seine geübten der Rüstung beide Arme. Das Unglück konnte vermieden werden, wenn der Polier sich mehr um die Beschaffenheit der Rüstung gekümmert hätte. Die Arbeit konnte ihm aber nicht schnell genug gemacht werden, und deshalb ist immer noch mit Menschenleben; schon im Jahre 1915 hätte ich die Rüstung einrichten lassen. Die Rüstung ist in einer anderen Zeit. Dem Bunzlauer Bauarbeiter wird nur zu raten, ernsthaft zuzugreifen und sich einen Polier, der nur mit Menschenleben spielt, vom Bau zu jagen. Das Nähere wird die Untersuchung noch ergeben.

Göppingen. Am 8. April verunglückte am Bahnhof Göppingen außer Kollege Eugen Meyer aus Rüdertshausen dadurch, daß er bei Entladung eines beladenen Feldbahn- wagens einen Wagon des rechten Fußes sowie mehrere Querschienen zerstückte. Der Unfall soll auf mangelhafte Beleuchtung zurückzuführen sein. Kollege Meyer war als Delegierter zu dem Verbandstag gewählt, konnte sein Mandat jedoch infolge dieses Unglücksfalls nicht ausüben.

Das Reichsstatistikamt für Wohnungswesen ist am 1. April aufgelöst worden. Seine Geschäfte werden vom Reichsarbeitsministerium und den einzelnen Ländern übernommen. Der preussische Unterstaatssekretär Scheib, der bisher nebenamtlich die Geschäfte des Reichsstatistikamts für Wohnungswesen geführt hat, wird künftig lediglich die Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Ministerium für Volkswirtschaft wahrnehmen.

Durch Reichsdenkmäler fabrizierte Bauarbeiter In Berlin hat eine große Baufirma für eine der Reichs- denkmäler angebotene Weizenmühle größere Maßstäbe- nennhausbauten sowie Anstaltsumbauten auszuführen. Die Weizenmühle hat die Weizenverarbeitung des Reichs- denkmälers und ist gezwungen, ihren Betrieb aus diesem Bereich zu verlegen. Am hat die Baufirma am 6. August ihren ersten Antrag auf Freigabe der Weizenmühle eingereicht. Als sie am 12. August antwortete, wieviel die Anlagekosten betragen sei, wurde der der Weizenmühle 14 Tage wurde die Entscheidung noch in Anspruch nehmen. Nachdem die Firma dann am 17. und am 20. September wieder angefragt wurde, teilte man ihr mit, die Unterlagen des Antrages seien verloren gegangen. Die vollständigen Anträge sind darauf von neuem eingereicht und der Bauhof für die Weizenmühle am 11. März dieses Jahres nach Prüfung der Angelegenheit freigegeben. Nach minderbiliger Abschätzung wurde am 13. März der Weizenmühle der Antrag für genehmigt und in die Baupolizei abgelehnt worden. Am 18. April erhielt die Firma jedoch erst die Nachricht von der Freigabe. Es ist fast ungläublich, wie die Weizenmühle arbeitet. Sogar Angehörige erklären, daß sie bei einem

